

Nein zu „dual use“. Nein zur Militarisation der Forschung. Wissenschaft und Forschung müssen dem Frieden und der weltweiten Verbesserung der Lebensbedingungen dienen.

Offener Brief an die Beschäftigten in Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, an die Bundesregierung, Parteien, Gewerkschaften und Friedensinitiativen

Die Bundestagsarbeitsgruppe Forschung und Technologie der Unionsfraktionen hat in einer Presseerklärung zur „Verbesserung des Forschungs- und Innovationsstandorts Deutschland“ am 20.10.93 unter anderem gefordert: *„Die faktische Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung ist zu überdenken (Stichwort „dual use“). Die sich daraus ergebenden Folgerungen sind dem Deutschen Bundestag bis Mitte nächsten Jahres vorzulegen.*

Forschung nach dem „dual use“-Konzept bedeutet, daß bei der Entwicklung von zivilen Technologien bereits in der Phase der Themenfindung und Prioritätensetzung militärische Interessen und Zwecke mitbestimmend sind.

Eine Vermischung von ziviler und militärischer Forschung hätte die Militarisation weiter Bereiche des Wissenschafts- und Forschungssystems zur Folge.

Seit langem gehen von Interessen, wie sie in Technologieplänen und Forschungsprogrammen des US-Verteidigungsministeriums formuliert sind, Militarisationstendenzen auf ganze Forschungsweige aus. Unisono wird aus Kreisen des Bundesverteidigungsministeriums dafür geworben, die Zusammenarbeit mit dem Bundesforschungsministerium dergestalt zu intensivieren, daß die Forschungs- und Technologieaktivitäten mit dual-use-Anwendungspotential im Vorfeld eingehender abgestimmt und ggf. gemeinsam initiiert werden. Militärische und zivile Forschung sollen mit dem „Argument“ zusammengelegt werden, daß dabei Spareffekte erzielt und der Industrie im internationalen Wettbewerb Vorteile verschafft werden. Im Bundesbericht Forschung 1993 wird für die künftige Ausrüstung der Bundeswehr gefordert, *„unter verstärkter Abstützung auf zivile Technologien ... die erforderliche Technologie- und Kooperationsfähigkeit deutscher Forschungseinrichtungen und der Industrie sicherzustellen“.*

Es ist nachgewiesen, daß der Nutzen von militärischer Forschung für zivile Zwecke äußerst gering ist. Ein hoher Haushaltsanteil für Kriegswaffen und militärische Forschung, wie beispielsweise in den USA für das SDI-Programm ausgegeben, untergräbt die Volkswirtschaft, vernichtet sinnvolle Arbeitsplätze und verschlechtert die Wettbewerbsposition.

Der Versuch, dieser Misere mit „dual use“ zu begegnen, führt jedoch zur Erweiterung des Einflusses der Militärs auf praktisch alle Forschungsgebiete und damit zur Vertiefung der Krisentendenzen. Der Ergebnisaustausch innerhalb der Wissenschaft würde durch Geheimhaltung behindert und damit die Effizienz für zivile Aufgaben weiter vermindert. Die Satzungsbestimmung vieler Forschungseinrichtungen, ausschließlich für friedliche Zwecke zu forschen, könnte nicht mehr gewährleistet werden.

Die Forderung der Unionsfraktionen kann nicht losgelöst von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gesehen werden, die durch eine fortschreitende Militarisation gekennzeichnet ist.

• Die Bundeswehr wird entgegen den Verfassungsgeboten auf weltweite Interventions- und Kampfeinsätze vorbereitet.

• Vitale deutsche Sicherheitsinteressen sollen laut den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ unter anderem im „*ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt*“ bestehen.

• Die Militärausgaben sind trotz Beendigung des Kalten Krieges praktisch nicht verringert worden. Ebenso erheizige wie sinnlose Rüstungs Großprojekte werden weiterfinanziert.

• Die Bundesregierung arbeitet zielstrebig auf die Lockerung der Waffenexportbestimmungen hin.

• Selbst Repräsentanten der Opposition kämpfen für die Erhaltung von Rüstungsarbeitsplätzen anstatt für deren Umwandlung für die zivile Produktion (Konversion).

• Entgegen den geschichtlichen Lehren unternimmt es die Bundesregierung, aus der Wirtschaftsmacht Deutschland erneut eine politische und militärische Großmacht zu formen.

Seit Jahren werden der staatlich finanzierten Forschung Mittel und Stellen gekürzt. Mit der Begründung „Standortsicherung“ werden der Grundlagen- und Vorsorgeforschung zusätzlich Mittel entzogen und der direkten Anwendungsforschung für die Industrie zugewiesen. Die Forschungseinrichtungen werden mit dem Vorwurf der mangelnden Anwendungsnähe dafür verantwortlich gemacht, daß die Industrie ihre eigene Forschung reduziert hat und nicht in der Lage ist, öffentlich finanzierte Forschungsergebnisse produktiv umzusetzen.

Vermutlich gehen die Unionsfraktionen davon aus, daß die in der Forschung Beschäftigten unter der Wirkung dieser fortdauernden Wirtschaftskrise und Forschungskrise jetzt soweit verunsichert sind, daß sie der Militarisation durch „dual use“ keinen Widerstand entgegensetzen würden. Wir haben jedoch die Rolle der Wissenschaft in den beiden Weltkriegen, die von deutschem Boden ausgegangen sind, nicht vergessen. Wir wollen nicht zulassen, daß erneut deutsche Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker mit ihrem Entdeckergeist als *„ein Geschlecht erfinderischer Zwerge (Bert Brecht) für menschenverachtende Geschäftemacherei und gefährliche Großmachtbestrebungen mißbraucht werden.*

Die Probleme der weltweiten Unterentwicklung, die Umwelt- und Klimaprobleme, die sinnlose Vergeudung von Rohstoffen und Arbeitskräften für Rüstungszwecke und die wachsende Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern erfordern das Gegenteil von Militarisation,

nämlich die internationale Zusammenarbeit der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen für den Frieden, für die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen und für die Bewahrung der Natur.

Wir, die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen, wenden uns an alle Beschäftigten in den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen mit der Bitte, das „dual use“-Konzept mit einem eindeutigen Nein zu beantworten und den Vorgang zum Diskussionsgegenstand darüber zu machen, daß die Forschung nicht der Rüstung, sondern dem Frieden und dem Leben dienen muß und die Forschungsmittel darauf zu konzentrieren sind.

Wir bitten darum, eigene Initiativen zu entfalten.

An die Öffentlichkeit, die Bundesregierung, die Gewerkschaften und die Parteien wenden wir uns mit den Forderungen:

• Keine Vermischung von ziviler und militärischer Forschung. Keine Einschränkung der Verpflichtung und des Rechts zur Veröffentlichung aller zivilen Forschungsergebnisse. Verpflichtung zur Veröffentlichung der Auftraggeber/-nehmer und Finanzmittel für alle militärischen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben.

• Kürzung des Militärforschungshaushalts zugunsten der zivilen Forschung.

• Verstärkung der Friedens- und Konfliktforschung.

• Kürzung des Rüstungshaushalts und Verzicht auf Projekte wie Jäger 90 bzw. Eurofighter 2000. Keine Militarisation des Weltraums.

• Sicherung der Arbeitsplätze durch schrittweise Konversion der Rüstungsindustrie und Schaffung der gesetzgeberischen Rahmenbedingungen dafür.

• Verschärfung der Waffenexportbestimmungen mit dem Ziel des Stopps aller Rüstungsexporte.

• Bewußtmachung der öffentlichen Verantwortung der Wissenschaft und Verstärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit der Ingenieur- und Naturwissenschaften mit den Geistes- und Sozialwissenschaften.

• Schaffung von wirksamen demokratischen Strukturen durch erweiterte Mitbestimmungsrechte innerhalb der Forschungseinrichtungen und verstärkte Öffnung der Einrichtungen für den Forschungsbedarf, der von gesellschaftlichen Gruppen wie zum Beispiel den Gewerkschaften, kommunalen/regionalen Bedarfsträgern und Umweltverbänden angemeldet wird.

• Ein gesetzlich verankertes Recht, die Mitarbeit an militärischen Projekten zu verweigern.

Dieser offene Brief wurde von 95 Personen und 11 berufsbezogenen bzw. gewerkschaftlichen Gruppen aus Forschungseinrichtungen und Hochschulen unterzeichnet. Aus Platzgründen können leider nur genannt werden:

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik, München; **Prof. Dr. Werner Buckel**, em. Direktor des Physikalischen Instituts der Universität Karlsruhe; **Prof. Dr. Peter Herrlich**, Direktor des Instituts für Genetik der Universität Karlsruhe; **Prof. Dr. Hartwig Spitzer**, Sprecher der Arbeitsgruppe Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit in der Universität Hamburg (CENSIS); **Siegfried Pommerenke**, DGB-Landesbezirksvorsitzender Baden-Württemberg; **Prof. Dr. Jürgen Schneider**, Universität Göttingen, Vorstand der Naturwissenschaftler-Initiative Verantwortung für den Frieden; **Prof. Dr. Stefan Thierfelder**, **Prof. Dr. Albrecht Maria Kellerer**, Institutsleiter der GSF München-Neuherberg; **Prof. Dr. E. Roedel**, GSI Darmstadt, Forum Informatikerinnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (FIFF), Forum Kritische Wissenschaft, München.

Kontaktadresse: Dr. Hans-Jürgen Bleyl, Naturwissenschaftler-Initiative „Verantwortung für den Frieden“, Gruppe am Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK), Frankfurter Straße 12, 76344 Leopoldshafen